

Bezugspreis: Vierteljahr 16,50 Mk., monatlich 5,50 Mk. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: 24 schillingpolierte Kompositionen ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 4. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Wiederaufbau Europas.

Paris, 3. März. Der neuernannte englische Botschafter in Washington, Sir Rudolph Sedden erklärte dem Londoner Korrespondenten der "Chicago Tribune" ...

In Übereinstimmung hiermit veröffentlicht das "Samburger Fremdenblatt" eine Depesche des Pariser Abendblattes "La Presse" ...

London, 4. März (II) Nach dem "Evening Standard" enthalten die gefassten Beschlüsse des Obersten Rats ...

Vom französischen Eisenbahnerstreik.

Paris, 3. März. Die wegen des Streikbeschlusses und wegen Aufforderung des Militärs zum Ungehorsam verhafteten Sekretäre der Eisenbahnergewerkschaften ...

England und die Kriegsverbrecher.

London, 4. März. (Melbung des Holländisch Neumobureau.) Aus einer Mitteilung Lloyd Georges im Unterhaus ergibt sich ...

Die Kabinettskrise in Amerika.

Washington, 4. März. (Melbung des Holländisch Neumobureau.) In einem Schreiben an den Präsidenten Wilson ersucht Minister Lane um seinen Abschied ...

Ein Sieg des Sowjetherees.

Amsterdam, 4. März. (W. L. N.) Englische Blätter veröffentlichen eine Neutermelung aus Moskau, wonach an der nördlichen Kaukasusfront ein Armeekorps Denikins ...

Die Frage der Kabinettsumbildung.

Die Erörterungen über die Umbildung des Reichskabinetts, über die in der bürgerlichen Presse ausführliche Berichte verbreitet werden, gehen zurück auf das Betreiben grohindustrieller Kreise ...

propagiert wird, der weder Eisenbahnsachmann ist, noch seinen Aufgaben in Preußen gerecht wurde ...

Es handelt sich also um Vorbesprechungen, die noch keine greifbare Form angenommen haben ...

Was den Vorschlag betrifft, das Reichswirtschaftsministerium vom Reichsernährungsministerium zu trennen ...

Die Notlage der Presse.

Wie unser Hamburger Korrespondent mitteilt, findet auf Einladung des Reichszanzlers am Freitag, den 5. d. Mts. ...

Zur Hebung der Fleischversorgung.

Der Zentralverband der Fleischer hat eine Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium gerichtet. In derselben wird der Nachweis geführt, daß unsere Fleischversorgung auf eine bessere Grundlage gestellt werden kann ...

Gegenwärtig kommt eine Wochenration von 100-250 Gramm zur Verteilung. Dazu muß aber die Reichsfleischstelle pro Monat 30 000 Tonnen einführen ...

Um die Erfassung der Viehbestände reiflich vorzunehmen zu können, wird gefordert die genossenschaftliche Organisation der Erzeuger zu begünstigen ...

Table with 2 columns: Animal type and Quantity. Includes Schweine, Schafe, Kühe, and Rinder.

In den Monaten Januar-September 1919 kamen aber nur 577 137 Stück Schweine auf den öffentlichen Schlachthöfen zur Ab- schlachtung.

Die vermehrte Erfassung soll neben der besseren Fleischversorgung der Bevölkerung den Fleischergesellen auch vermehrte Arbeit bringen.

Der Rattenkönig.

Ergebnisse des sozialdemokratischen Untersuchungsausschusses.

Von B. Sellmann.

Der sozialdemokratische Untersuchungsausschuss zu dem sogenannten "Fall Starz" hat seine Arbeiten beendet. Ein sehr ausführlicher Bericht über die Anklagen und Zeugenauskünfte befindet sich im Druck ...

Viele Parteigenossen haben mich, als den Vorsitzenden des sozialdemokratischen Untersuchungsausschusses, um eine öffentliche Meinungsäußerung gebeten. Ich glaube, jetzt nach dem Abschluß der Untersuchung ...

Ich gestehe, bedenklich gewesen zu sein, als ich fern von Berlin wochenlang die großen "Enttäuschungen" las. Als ich dann die vielen Blätter des Sonnenfeld-Daumeisterischen Materials zum ersten Male durcharbeitete ...

Vor dem Untersuchungsausschuss gab Herr Sonnenfeld, ohne dazu genötigt zu sein, die Erklärung ab, daß er niemals Beschuldigungen gegen führende Parteigenossen erhoben habe ...

Der sozialdemokratische Ausschuss hatte leider nicht den Vorzug, den jungen Herrn Sonnenfeld vernahmen zu können, weil dieser sich wegen angeblicher Defraudationen in Holland in Haft befand ...

Daß Davidsohn und Daumeister aus eigenem von den ganzen Geschichten so gut wie nichts wissen, sondern sie nur mit einem starken Glauben weiter getragen haben ...

Davidsohns Hauptzeuge, ein



Genosse Friedländer, hat vollkommen verlag und feierlich erklärt, daß er weder Scheidemann noch Ebert oder andere führende Parteigenossen etwas vorwerfen kann. Baumeister hat vor dem Anschlag unaufrichtig dieselbe Erklärung wiederholt und ungewissenhaft abgeben.

Für die Stillschaltung des „Materials“ ist eine geradezu toll erfundene Räuber-Geheimelektion lehrreich, die Baumeister — allerdings „ohne Gewähr“ — dem Ausschuss vortrug. Aus angeblich in einer Kopenhagener Geschäftsgeheimelektion Briefen sollte hervorgehen, daß Scheidemann an großen Schiebungen mit Riesengewinnen beteiligt sei. Für jeden normalen Menschen war die Sache als kompletter Schwindel klar erkennbar. Trotzdem bekam der Gauner Geld von Baumeister zu einer geheimnisvollen Reise an die dänische Grenze, um dort die Originalbriefe zu holen. Als der Schwindler natürlich ohne die Briefe zurückkam, weil diese gar nicht existierten, mußte er im Gefängnis Baumeisters — ich glaube, auch Davidsohns — die Briefe „aus dem Gedächtnis rekonstruieren“. Jetzt sitzt der Herr in Numero Sicher. Er hat inzwischen gestanden, daß er das ganze Material erfunden hat, um Geld zu verdienen. Es ist mir unbegreiflich, wie alte Parteigenossen mit einem solchen Subjekt auch nur eine Minute über die Ehre sozialdemokratischer Parteiführer verhandeln konnten.

Daß Ellarz gewagte Geschäfte gemacht hat, ist möglich. Ich weiß es nicht. Da er nicht Sozialdemokrat ist und ich nicht Staatsanwalt bin, brauche ich mir nicht das Gewissen mit der Frage zu beschweren, ob er nur ebenso viel oder noch mehr die Konjunkturalen ausgenutzt hat, die während des Krieges so viele Christen, Juden und Heiden zur Anhäufung des sündigen Mammons verleitet haben. Dafür aber, daß führende Sozialdemokraten Deutschlands an den Geschäften von Ellarz oder Parvus irgendwie beteiligt seien, wurde vor dem Ausschuss ein Beweis auch nicht einmal versucht. Begünstigung dieser beiden Geschäftsleute durch sozialdemokratische Regierungsmänner wurde von Davidsohn behauptet, jedoch ohne den Schatten eines eigenen Beweises. Der in Druck befindliche Ausschussbericht bringt für jeden einzelnen Fall die Behauptungen und die Zeugenaussagen. Ich glaube, die beschuldigten Parteigenossen werden das Urteil der Öffentlichkeit ertragen können, zumal wenn verständige Menschen den Wirrwarr der Revolutionstage vom November 1918 und die tollen Spartakusstage vom Januar 1919 in Berlin noch nicht ganz vergessen haben.

Nur zweierlei sei im Vorbeigehen noch gestreift: die Lebensmittelkündungen an sozialdemokratische Parteiführer und deren „Schmausereien“ bei Ellarz. Diese berühmten Lebensmittelpaketen — wer hat während des Krieges von seinen Nationen gelebt? — stammten gar nicht von Ellarz, sondern waren Liebesgaben dänischer Parteigenossen, wie der dänische Gewerkschaftsführer Kiefer in Gegenwart Davidsohns bekundete. Und die Schmausereien, die Seloge? Scheidemann, Ebert, Noske und die übrigen würden sich dem Verdachte des Schlemmens nicht ausgesetzt haben, wenn sie, wie Davidsohn und ich, vor anderthalb Jahrzehnten dem Abstinenz-Arbeiterbunde beigetreten wären und seitdem unentwegt Wasser getrunken hätten. Einige Schnäpse, etliche Glas Bier, vielleicht sogar eine Flasche Wein scheinen mir allerdings erwiesen zu sein. Für die Erschließung aber, daß sich sozialdemokratische Parteiführer bei Ellarz „durchgefressen und durchgefressen“ hätten, finde ich vergeblich auch nur die Spur eines Beweises. Daß sich Familienangehörige Scheidemanns auf Kosten Ellarz' im Auslande aufgehalt, hat sich als vollkommen unwahr herausgestellt.

Man hat angeklagt, daß, wenn Erzberger erledigt sei, auf Grund des Falles Ellarz die sozialdemokratischen Würdenträger an die Reihe kommen würden. Keine Sorge: ich glaube nicht, daß irgendein kluger Mann mit Sonnenfeld Vater und Sohn im Wunde sozialdemokratische Regierungsmänner vor die Schranken fordern wird. Das geheimnisvolle beweiskräftige Material ist eben nicht da. Auch der große Bismarck-Maximilian Garden hätte für seine ausgeputzten Artikel nichts anderes als Geschichten, die seiner Untersuchung standhalten können. Wer dieses „Material“ kennt und die daraus zusammengeputzten Düngeformen der „Zukunft“ sich ansieht, wird nicht ohne Bewunderung die Methode erkennen, die aus Mist Geld zu machen versteht.

Man vor einem Gerichte, das eidlich vernehmen kann, der eine oder andere Vorfall scharf erscheinen, als der sozialdemokratische Untersuchungsausschuss ihn sehen konnte. Das ist möglich. Aus dem Fall Ellarz aber mit Verechtigung eine Korruptionsaffäre für sozialdemokratische Parteiführer zu machen, wird schwerlich jemandem gelingen.

## Heuchelei.

Die Reichsparteien der Nationalversammlung, Deutsche nationale und Deutsche Volkspartei, haben einen gemeinsamen Antrag eingebracht, wonach die Nationalversammlung folgendes beschließen soll:

- I. die Reichsregierung zu ersuchen:
  1. alsbald mitzuteilen, welche Gelegenheitsmärkte sie der Nationalversammlung noch vor ihrer Auflösung vorzulegen gedenkt.
  2. die Entwürfe zum Reichstagswahlgesetz, zum Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten und zum Gesetz über Volksentscheid und Volksbegehren mit größter Beschleunigung vorzulegen.
- II. sich vom 1. Mai 1920 ab für aufgelöst zu erklären.

Es ist sehr auffällig, daß dieselben Parteien der Nationalversammlung nach fünfvierteljähriger Tätigkeit den Lebenslappen abzuschneiden wollen, die sonst ausgesprochene Anhänger möglichst langer Legislaturperiode sind. Als die Vorgänger der jetzigen Reichsparteien und Reichsnationalliberalen einmal im alten Reichstag (1887) die Mehrheit erlangten, da benutzten sie diese Gelegenheit sofort, um die bis dahin dreijährige Wahlperiode in eine fünfjährige umzuwandeln. Auch bei der Beratung der jetzigen Reichsverfassung haben sie keineswegs die ihnen sich bietende Gelegenheit benützt, um kurze Legislaturperioden durchzusetzen. Die Reichsverfassung sieht bekanntlich vor, daß Neuwahlen zum Reichstag alle vier Jahre erfolgen müssen. Die Sozialdemokratie hat diese lange Frist bekämpft, konnte aber eine Verfürzung auf höchstens 3 Jahre nicht durchsetzen, weil die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien dagegen war. Die Rechte hatte es damals in der Hand, mit den beiden sozialistischen Parteien zusammen die dreijährige Legislaturperiode einzuführen, sie hat aber nicht den geringsten Versuch dazu gemacht, sondern hat im Gegenteil zusammen mit dem Zentrum und den bürgerlichen Demokraten für die längere Legislaturperiode gestimmt. Jetzt ist diesen selben Leuten plötzlich schon eine Lebensdauer des Parlaments von fünfviertel Jahren zu viel, nämlich weil sie zufällig von den Neuwahlen eine Vermehrung ihres Mandatsbestandes erhoffen. Ihre Entrüstung darüber, daß die Nationalversammlung noch tagt, ist also nichts als durchsichtige Heuchelei.

## Der Straubinger Krawall.

Parteinahme für Lebensmittelkündungen. — Triumphzug der Schwarzschilder. — Tötung des Genossen Legi durch einen Reichswachtmeister.

Ueber die bedauerlichen Vorgänge in Straubing meldet uns ein eigener Bericht: Den Demonstrationen wurde im Rathaus nachgeholt, eine Petition beim Stadtrat eingereicht, um eine Genehmigung zur ausreichenden Versorgung von Mehl und Fleisch zu erhalten. Allein die Menge bestand auf die Freilassung der beiden wegen Schwarzschilderei verhafteten Metzgermeister. Es kam der Bescheid, daß die Gerichtsverhandlungen übermorgen stattfinden werden und daß dann die Freilassung sowie erfolgen werde. Damit begnügte sich aber die erregte Masse

nicht. Die Demonstrationen begannen sich in einem starken Zuge vor das Landgericht, wo einige eindringen und die Freilassung der zwei verhafteten Metzgermeister fordern. Nach einiger Zeit wurden die Verhafteten befreit, von den Demonstrationen auf die Schulter gehoben und wie im Trümmerzuge fortgetragen. Als Erklärung für die Vorläufigkeit ist zu beachten, daß sich gegenwärtig 16 Beamte vom Landeshauptamt in Straubing aufhalten und sehr streng vorgehen. Sie nehmen Hausdurchsuchungen bei Metzgern, Mätlern und Bauern vor und kontrollieren alle Fuhrwerke. Die Beamten gehen auch in die Wirtschaften, so daß die Wirte nicht mehr wagen, den Gästen das übliche Essen vorzusetzen.

Unbesonnenes Elemente haben bei einem Aufmarsch am Dienstag die Reichswachttruppen mit Steinen beworfen, worauf der Führer der Soldaten einige Schreckschüsse abgab. Kurz darauf trat unser Genosse Legi an den Offizier heran und sagte ihm im ruhigen und anständigen Tone, er möchte doch vernünftig sein und abziehen, er werde die erregte Masse dann beruhigen können. Darauf zog der Offizier den Revolver und feuerte drei Schüsse ab, von denen der erste in eine Schale ging, der zweite unseren Genossen in den Hinterkopf traf, so daß er sofort umfiel. Der dritte Revolverschlag verwundete schwer einen Aufseher im Zuschauersaal. Als der Offizier von einem Augenzeugen erfuhr wurde, sich des Schwerverwundeten anzunehmen, gab der Offizier zur Antwort, er lasse verschwinden. Dann zog er seinen Säbel und gab den Befehl zum sofortigen Abbruch der Truppen. (Dieser Offizier ist für sein Verhalten sofort zur Rechenschaft zu ziehen. Solche Hühner sind als Truppenführer gänzlich ungeeignet. Red. d. „W.“)

Am Mittwoch wurde ein Kurier der Reichsjustizminister, der H. S. P. und des Gewerkschaftsverbands angeschlagen. Es wurde erklärt, daß der Generalkriegsbevollmächtigte sei, um die Unruhen nicht noch mehr zu steigern.

In Regensburg werden seit einigen Tagen Wucherprozesse vor dem Gericht verhandelt. Die Menge ist auch hier sehr erregt und im Gerichtssaal sind Reuerungen gefallen, daß sich ähnliche Vorgänge wie in Straubing abspielen werden.

Ueber die Vorgeschichte des Krawalls meldet uns ein weiterer Bericht, daß die auf Wirtschaftskosten angewiesene Bevölkerung sehr erregt war, weil sie durch die starken Wohnnahmen des Landeswuchers in ihrer bisherigen Existenz beeinträchtigt wurde. Der eine der verhafteten Metzgermeister, bei dem große Fleischbestände aus Schwarzschildereien gefunden wurden, gab täglich 100 Arbeitern einen guten Mittagskaffee zu verhältnismäßig billigem Preise. Die Wohnungen der beiden in Straubing wohnenden Parteien, der Bayerischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei, an die Bevölkerung zur Ruhe haben leider nichts geschadet.

## Lebensmittelunruhen in Oesterreich.

Wien, 4. März. (W. T. G.) In Olmütz kam es gestern nachmittag zu Lebensmittelunruhen und zu Plünderungen der vier größten Lebensmittelgeschäfte der Stadt. Erst gegen Abend gelang es nach Verhaftung von 80 Plünderern die Ruhe wiederherzustellen.

## Arbeitsplan der Landesversammlung.

Nach den Beschlüssen des Reliktentags wird die Preussische Landesversammlung nach einer kurzen Sitzung am heutigen Tage in die Ferien gehen, um am 16. März wieder zusammenzutreten. Abdann sollen eine Reihe von Vorschlagsarbeiten beraten werden, die unbedingt noch vor Ostern fertig werden müssen, nämlich die Verfassung, ein Nachtragsetat, die Verteilung der Eisenbahnen, der Pflanzenschutz, die Verstaatlichung der Moor- und Fischereirechte und die Unterbringung der Beamten aus den besetzten Gebieten. Dagegen dürfte der neue Etat erst nach Ostern dem Hause zugehen. Nicht ausgeschlossen ist es, daß auch der Entwurf des Reichs-Vertrags in der Märztagung mit erledigt wird. Man rechnet damit, daß alle diese Vorlagen in etwa einer Woche fertiggestellt sein werden, damit der Verfassungsausschuss noch vor Ostern seine Arbeiten beginnen kann.

Im Plenum wurde heute die Beratung des Antrags Dr. Ritter (Nat.) über Fahrpreisermäßigungen für die Jugend weiter beraten.

## Die Einigung und Erweiterung der Berliner Freien Volksbühnen.

Während an so vielen Stellen leider zu beobachten ist, wie der Parteifreie Arbeiterorganisationen, auch wenn sie nicht politische Zwecke verfolgen, auseinanderreißen und zerplündern, findet sich in der Berliner Volksbühnenbewegung erfreulicherweise eine Vereinigung der beiden bis heute noch nebeneinander bestehenden Organisationen, der „Freien Volksbühne“ und der „Neuen freien Volksbühne“, an. In beiden Vereinen wirken Anhänger der verschiedenen Parteirichtungen zusammen; aus beiden war es möglich, den Parteigeist fernzuhalten.

Die beiden Volksbühnen, die jetzt vor der Verschmelzung stehen, sind nicht Arbeiterorganisationen im dem Sinne, daß sie ihre Mitgliedschaft auf Arbeiter beschränken; sie wollen allen, die nach Kunst hungern und nicht imstande sind, ihre Theaterbedürfnisse in den Geschäftstheatern zu befriedigen, die Möglichkeit schaffen, in regelmäßigem Turnus gute künstlerische Darbietungen gegen einen billigen Eintrittspreis zu besuchen. Die gewaltige Verteuerung gerade auch des Theaterbetriebes — es gibt in Berlin kaum noch ein gutes Theater, in dem ein mittelmäßiger Platz in einer Abendvorstellung unter 10 bis 15 Mark zu haben ist — hat es mit sich gebracht, daß auch breite Schichten von selbständigen Gewerbetreibenden, Beamten usw. auf die Volksbühnen angewiesen sind, wenn sie sich einen Theaterabend gönnen wollen. Die Volksbühnen haben sich natürlich ebenfalls gesteuert, die Verteuerung aller Betriebskosten durch eine Erhöhung ihrer Beiträge auszugleichen; aber wenn sie künftighin auch 8,50 M. für jede Abendvorstellung und 2,50 M. für jede Nachmittagsvorstellung fordern müssen, so bedeutet das doch noch eine ganz wesentliche Erleichterung des Theaterbesuchs für die weniger Vermögenden Kreise. Es wäre hart und sinnlos zugleich, diese Erleichterung denjenigen vorzuenthalten, die nicht Lohnarbeiter im engeren Sinne sind. Gleichwohl bestehen zwischen den Berliner freien Volksbühnen und der Arbeiterkraft besonders enge Beziehungen. Wie die Volksbühnenbewegung herauswuchs aus den für die Befreiung des Proletariats wirkenden Kreisen, so blieb diese Verbindung auch in der Tradition lebendig und wirkt u. a. noch heute darin nach, daß sich das Mitglied der Organisationen, die Ordnung, durchweg aus Arbeitern zusammensetzt, die durch ihre gewerkschaftliche und politische Betätigung sich das Vertrauen der Kollegen erworben.

Noch in einem anderen, einem höheren Sinne besteht eine Verbindung zwischen der Volksbühnenbewegung und den auf die wirtschaftliche und soziale Befreiung der Arbeiter gerichteten Bestrebungen. Die Volksbühnen wollen nicht nur Organisationen zur Vermittlung billiger Theaterdarbietungen sein; sie wollen darüber hinaus noch mehr: Einmal sind sie bestrebt, die Sozialisierung des Theaters voranzutreiben, indem sie, soweit möglich, das private Unternehmertum aus dem Theaterbetrieb ausschalten, indem sie an die Stelle des Geschäftstheaters eine genossenschaftliche

Organisation nicht der Künstler, der Produzenten, sondern der Theaterbesucher, der Konsumenten, sehen wollen. Die Mitglieder der Volksbühnenorganisation bilden sozusagen eine Kunstgenossenschaft, die ihre Theaterdarbietungen in eigener Regie veranstaltet, dadurch jeden Unternehmergewinn beseitigt und zugleich in den Stand gesetzt wird, die Wünsche und Interessen der Mitgliedschaft bei der Aufstellung des Spielplans ungehemmt zur Geltung zu bringen.

Und damit kommen wir zu dem zweiten, was die freien Volksbühnen hinauswacht über bloße Vermittlungsanstalten für billige Theaterdarbietungen: Sie sollen zugleich Erziehungsanstalten sein; sie sollen die Waise, die sie als Mitglieder fast an sich geschlossen haben, systematisch erziehen zum Verständnis wahrer Kunst und auch auf das künstlerische Schaffen erzieherisch einwirken, das so sehr vom Publikum abhängig ist. Sie sollen ferner in der Kunst besonders das Judentum fördern, was von dem großen Drang nach Erleuchtung ist, was Verständnis zeigt für das Ringen der Unterdrückten und Ausgebeuteten um Befreiung und Aufstieg — und sie sollen dadurch, daß sie gerade dies (sofern es echte, wahre Kunst ist) den Massen nahe bringen, ihren Drang nach Erleuchtung sowohl veredeln wie heigern. Diese Mission vollends muß die Volksbühnenbewegung allen strebenden Arbeitern als wichtige Bundesgenossin erscheinen lassen.

Was bisher des Nebeneinander der beiden Vereinigungen bezügl. waren schließlich vornehmlich nur noch Verfassungsfragen. Die alte „Freie Volksbühne“ hielt an einem unbedingt demokratischen Aufbau ihrer Organisation fest — Wahl aller leitenden Instanzen durch die Mitgliederversammlung —, während die „Neue freie Volksbühne“ ihre Leitung selbständiger machte, um sie den Einflüssen wechselseitiger Wehrheiten zu entziehen. Es ist aufs letzteste zu begrüßen, daß man sich bei den Verhandlungen über die Verschmelzung dahin einigte, die neue Organisation, die den Namen „Freie Volksbühne“, S. V. Vereinigte Freie und Neue freie Volksbühne“ tragen soll, durchaus demokratisch aufzubauen. Die Mitglieder sollen zunächst zu Gruppen zusammengefaßt, delegierte für eine Hauptversammlung wählen, die dann ihrerseits Vorstände, Ordnungsausschuss und künstlerischen Ausschuss, kurzum, die „Verwaltung“ bestimmen. Von den Mitgliedern dieser Verwaltung soll alljährlich nur immer ein Drittel ausgeschieden, so daß die Gesamtveränderung der Leitung sich jeweils in einem Zeitraum von drei Jahren vollzieht. Das ist keine Verletzung des demokratischen Prinzips, sondern nur die Anerkennung der Tatsache, daß eine Organisation von über 100 000 Mitgliedern ohne Repräsentativsystem nicht mehr auskommt, und sodann der anderen, daß eine gewisse Kontinuität der Verwaltung notwendig sein muß. Das Statut, das die beiderseitigen Verwaltungen ihren Generalkonferenzen unterbreiten, und das von den Ordnern haben und drücken schon gebilligt worden ist, scheint wohl geeignet, ein gesundes Organisationsleben zu tragen.

Zur gleichen Zeit, da die Verwaltungen der beiden Volksbühnen ihren Vereinigungsbeschluss beschließen, sollen sie mit, daß die Verhandlungen wegen Uebernahme der

Krawaller zum Abschluß gekommen seien. Die freien Volksbühnen erhalten das Haus am Königsplatz auf 25 Jahre; sie verpflichten sich, das in trostlosem Zustand befindliche Theater zu einem würdigen, mindestens 2000 Plätze umfassenden Bühnenhaus umzubauen. Man hat denselben Mann damit beauftragt, der auch das wunderbare Theater am Gölzplatz erbaut hat, Oskar Kaufmann. Der Umbau soll mit aller Beschleunigung in Angriff genommen werden, als Eröffnungstermin für das neue Haus ist der 1. Februar 1921 vorgezogen. Allerdings wird man noch abwarten müssen, ob sich dieser Termin wirklich einhalten lassen wird.

In der künftigen „Freie Volksbühne, Theater am Königsplatz“ sollen abwechselnd Schauspiel- und Operndarstellungen stattfinden, und zwar mit dem Ensemble der beiden Stadttheater. Die Intendanten haben zugleich ihre besten Kräfte zur Verfügung zu stellen; bei der Wahl der Stücke ist dem künstlerischen Ausschuss der Volksbühnen ein Vorschlagsrecht eingeräumt.

Neben den Mitgliedern der Volksbühnen sollen auch solche Kreise der minderbemittelten Bevölkerung Gelegenheit finden, die Vorstellungen der neuen Volksbühne zu billigen Preisen zu besuchen, die der Volksbühne noch nicht betriebsfähig sind. Man darf also erwarten, daß die Ruine am Königsplatz sich sehr bald in ein wirklich vorzügliches Volkstheater verwandelt; man wird der Staatsverwaltung, soweit sie dazu mitwirkt, Dank wissen, und möchte hoffen, daß auch die Stadt Berlin, wie es der Verband der Volksbühnen erwartet, bei der Aufbringung der auf 8 bis 8 Millionen zu schätzenden Umbaukosten etwas tut und wenigstens ein mäßig vergünstigtes Darlehen gewährt. Die breitesten Schichten haben jedenfalls ein starkes Interesse daran, daß die neue Volksbühne so rasch wie möglich ihren Betrieb eröffnen kann.

Auch nach Eröffnung des neuen Bühnenhauses behält die Volksbühnenbewegung in Berlin noch wichtige Aufgaben, die in Angriff genommen werden müssen, wenn sie ihre Mission voll erfüllen soll. Es wäre wichtig, den beiden großen Volksbühnen auch eine Bühne intimen Charakters anzuschließen; mehr als in den letzten Jahren müßte die Aufmerksamkeit wieder jungen Talenten, neuer Kunst zugewandt werden. Das von dem Verband der Volksbühnen neuerdings eingerichtete Generalsekretariat kann legendäres wirken, wenn es dafür sorgt, daß der in der Volksbühnenbewegung zum Ausdruck kommende Gedanke der Sozialisierung des Theaters immer mehr Anhänger gewinnt; daß insbesondere auch Vorschub und Verwaltung mehr als bisher diesen Sozialisierungsbestrebungen Verständnis und Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Wiederholte Amerikablässe sind noch nicht sowohl geblieben, wie es die „Freie Volksbühne“ berichtet. Es liegen nur verschiedene Anträge für einzelne Auftritte in Amerika vor. Nach wie vor der Leiter des Deutschen Theaters nur für eine Zeit hindern, während deren er seiner Tätigkeit an dieser Bühne nicht entzogen wird (auch in den Ferienmonaten).

Neue Regener-Nikola. Paul Wegener wird in dieser Saison bei der „Union“ zusammen mit Rodas Olive zwei große Almschauspiele: „Wie der Wolk in die Welt kam“ und „Der wilde Jäger“.



# Prozess Erzberger-Helfferich.

Staatsanwalt und Verteidiger.

Auf nach 1/2 Uhr eröffnete Landgerichtsdirektor Baumbach die Sitzung. Reichsfinanzminister Erzberger ist vorläufig nicht erschienen. Sofort zu Beginn der Verhandlung erteilt der Vorsitzende dem Ersten Staatsanwalt v. Clausewitz das Wort zu seinem Plädoyer über das

Thema der Unwahrschaffigkeit.

Staatsanwalt v. Clausewitz: Wenn ich in meinem Plädoyer noch mehr als bisher die Person des Herrn Nebenklägers in den Vordergrund stellen muß, so ergibt sich das aus der Vernehmung, die in den Verleumdungsprozessen stets eintritt. In seinem Schlusswort in der Broschüre erhebt der Angeklagte gegen den Nebenkläger den Vorwurf, daß er nicht nur in einem oder dem anderen Fall von der Wahrheit abgewichen sei, sondern daß er einen Hang zur Unwahrschaffigkeit habe, daß er gewohnheitsmäßig lüge, daß er also einen unwahren und unlauteren Charakter besitze. Das ist ein schwerer Vorwurf gegen einen Staatsleiter. Es ist unbillig für die Führung des Beweisbeweises, wenn in dem einen oder anderen Falle die Beweisführung nicht geklärt ist. Wenn der Komplex des Erwiesenen so umfangreich ist, daß damit ein Hang zur Unwahrschaffigkeit erwiesen ist, dann genügt auch die teilweise Beweisführung.

Staatsanwalt v. Clausewitz erklärte dann, daß mit Rücksicht auf die Schädigung der Reichsinteressen die Erörterung des Vorwurfes der gemeinen Lüge hinsichtlich der belgischen Volsitz des Angeklagten auf Verzicht von beiden Seiten unterblieben sei. Der Staatsanwalt geht dann auf

die einzelnen Fälle

in denen der Vorwurf der Unwahrschaffigkeit erhoben wird, ein.

Der Fall Pöplau sei zwar eine alte Geschichte, aber es sei trotzdem gelungen, den Sachverhalt einwandfrei festzustellen. Die Staatsanwaltschaft entschie sich für die Aussage der Erzberger v. Pöplau. Das Verhalten Erzbergers in diesem Fall erscheine widerspruchsvoll. Die Staatsanwaltschaft hält in diesem Fall den Beweis der Wahrheit für erbracht.

Der 17. Januar 1916.

Der Hg. Erzberger hat in einer seiner Reden den Staatssekretär Helfferich den „Leichentisch aller Finanzminister“ bezeichnet. Staatsanwalt v. Clausewitz geht des näheren auf die politische Lage jener Zeit ein und beschäftigt sich dann mit dem Standpunkt, den der Hg. Erzberger damals eingenommen habe. Die Richtigkeit der Angaben Erzbergers müsse man bezweifeln, wenn man besonders auf das Zeugnis seines Fraktionskollegen Erzbergers Bezug nehme, das in verschiedenen Punkten für den Nebenkläger sehr ungenügend war. Der Zeuge Spahn sagte, daß Erzberger überhaupt keine Steuerbeurteilungen wollte. Wenn dies richtig war, so gewinnt das ganze Verhalten Erzbergers im Sinne der Behauptungen Helfferichs ein eigenartliches Licht. Wenn Erzberger in seiner Fraktion damals mitgeteilt habe, die Regierung habe nicht hinter der Steuerbeurteilung, so hat sich aus dem Zeugnis des Reichsfinanziers von Bethmann Hollweg die Wahrheitswidrigkeit dieser Mitteilung ergeben. Der Nebenkläger konnte gar nicht im Zweifel darüber sein, daß Bethmann Hollweg hinter der Vorlage stehe. Was er seiner Fraktion mitgeteilt habe, beweise nur, daß er dem Staatssekretär Helfferich in seiner Steuervorlage ein Bein stellen wollte. Die Staatsanwaltschaft hält auch in diesem Falle den Beweis der Wahrheit für erbracht.

Was die Vorgänge im Frühjahr 1917 anbetrifft, so hat Helfferich behauptet, Erzberger habe seine Friedensaktion auf Anhalten des Österreichischen Kaiserhauses begonnen. Erzberger hat dagegen behauptet, er sei im Auftrage der deutschen Regierung gefahren und es sei ihm durch seine Geschäftigkeit gelungen, einen vorzeitigen Friedensschluß zu verhindern. Diese Angaben hat Helfferich wiederum als unwahr bezeichnet. In der Hauptverhandlung hat Erzberger seine Angaben in der „Deutschen Mittelmeeren Zeitung“ etwas eingeschränkt, indem er nicht mehr behauptet hat, von Bethmann Hollweg den Auftrag zur Reise nach Wien erhalten zu haben und in dem er erklärt hat, von Herrn v. Bergen gehört zu haben, der Regierung sei es erwünscht, wenn er nach Wien fahre. Auch in diesem Punkt hält die Staatsanwaltschaft den Beweis für die Behauptung des Angeklagten für erbracht.

Die Friedensresolution.

Der Angeklagte hat behauptet, daß die Erzbergersche Friedensaktion und Friedensresolution der Anfang vom Ende sei. Erzberger dagegen hat erklärt, daß seine Friedensaktion und Resolution mit Hilfe der Regierung erfolgt sei. Der Angeklagte wiederum hat diese Behauptung als Lüge bezeichnet. Der Erste Staatsanwalt schildert ausführlich die politische Lage im Juli 1917 und gibt insbesondere eine Darstellung der Unterredung zwischen dem Angeklagten, dem Abgeordneten Spahn und dem Ministerialdirektor Sewald. Dafür, daß die Regierung tatsächlich von Erzbergers Vorgehen am 8. Juli aus Kenntnis übersehen worden ist, sprechen verschiedene Momente. Auch in diesem Punkt hält die Staatsanwaltschaft den Nachweis dessen, was Helfferich behauptet hat, für erbracht.

Kun möchte ich die Frage aufwerfen, ob Erzbergers Verhalten in dieser Sache ein offenes war? Das muß ich in Abrede stellen. Auf den Vorhalt Bethmanns: „Sie überschalten mich ja wie Kisten aus dem Füll“, hat Erzberger erklärt: „Meine Rede ist ja gar kein Vorhalt gegen die Regierung, sie bezieht sich vielmehr, eine traghafte Weisheit für die Regierung zu schaffen.“ Nun ist aber einwandfrei festzustellen, daß Erzberger in einer Unterredung am Morgen des nächsten Tages, am 7. Juli, in Gegenwart des Oberstenmann Bauer und des Hg. Stresemann genau das Gegenteil von dem gesagt hat, was er Bethmann gegenüber ankündete. Wenn Erzberger hat in dieser Unterredung erklärt, die Regierung des Kongress müsse gedrängt werden, Bethmann sei bis zum nächsten Dienstag befragt.

Diese Unterredung ist dem Nebenkläger offenbar sehr peinlich, denn er konnte sich auf sie nicht genau besinnen. Am 11. Juli hat Erzberger zunächst auf eine Frage des Angeklagten, ob er als Minister an geschäftlichen Unternehmungen beteiligt sei, dies zunächst in Abrede gestellt, dann hat sich aber bereuend gestellt, daß die Ministerliche Politik erst beauftragt wurde, als Herr Erzberger sich schon in amtlicher Tätigkeit befand. Diese Aussage des Nebenklägers erscheint danach bedenklich.

Kall Thüssen.

Nicht bedenklich sind die Aussagen des Nebenklägers im Falle Thüssen. In dem Vorverfahren hat Erzberger erklärt, daß bis zum Eintritt in den Aufsichtsrat der Firma Berger keine geschäftlichen Beziehungen zwischen ihm und Thüssen bestanden. Dann hat Erzberger ebenfalls behauptet, daß schon vor der Gründung der G. m. b. H. für das Kompatibilitätverfahren, Thüssen für das Unternehmen Mittel zur Verfügung gestellt hat. Die Verzeihung hat aber erst nach der Gründung des Unternehmens zwischen ihm und Thüssen bestanden haben, daß Thüssen 1913 für die Übernahme von Ehrenbüchern Mittel zur Verfügung gestellt hat, und daß im Jahre 1914 ein loses Kontrakt geschlossen worden ist.

Kall Berger.

Thema bedenklich ist die Aussage des Nebenklägers im Fall Berger, in dem er auf die Frage des Angeklagten, ob schon vor seinem Eintritt in den Aufsichtsrat der Firma Berger er sich in gewisser Hinsicht der Firma Berger gegenüber zum Eintritt in den Aufsichtsrat gebunden habe, erklärt hat, daß er während seiner nichtberuflichen Tätigkeit sich in keiner Weise gebunden hatte.

Die Staatsanwaltschaft führt den Beweis für die Behauptungen eines Hanges zur Unwahrschaffigkeit nicht erbracht an.

Erster Staatsanwalt v. Clausewitz wendet sich dann zu der Behauptung des Angeklagten der gemeinen Denunziation zu. Es wurde in der Nationalversammlung mit der Nennung von Namen gedroht. Der Nebenkläger sagt, er habe dabei eine Liste von Namen vor sich gehabt, diese Namen habe er gemeint, Helfferich habe sich aber nicht dabei befunden. Die Staatsanwaltschaft hält auch in diesem Fall den Vorwurf der Denunziation für erbracht.

In den Fällen Zahle und im Falle Dürkerberg habe sich gezeigt, daß der Nebenkläger sich auf eine nicht anständige Art und Weise in den Besitz von Briefen gesetzt hat. Besonders zum letzten Fall erklärt Staatsanwalt v. Clausewitz, er hätte den Brief aus Spa in den Papierkorb geworfen und hätte sich den vorgenommen, der es gemacht habe, ihm eine solche Mitteilung zu machen. Auch in diesen Fällen hält die Staatsanwaltschaft den Wahrheitsbeweis für erbracht.

Oberstaatsanwalt Krause zum Fall Dombrowski.

Im Anschluß an das Plädoyer des Ersten Staatsanwalts v. Clausewitz ergreift Oberstaatsanwalt Krause noch einmal das Wort, um auf den Fall Dombrowski zurückzukommen. Dieser Fall sei so interessant und bemerkenswert, daß man daran nicht vorbeigehen könne. Der Oberstaatsanwalt schilbert ausführlich, wie der Brief in die Hände des Redakteurs Dombrowski vom „Berliner Tageblatt“ gekommen sei und darauf die Kritik mit den schmerzlichen Anklagen gegen Helfferich erschienen sei. Zur Frage der juristischen Folgerungen führte Oberstaatsanwalt Krause aus: Es muß eine Verurteilung auf Grund des § 186 erfolgen. Die Angriffe in der Broschüre sind in schärfster Form geäußert und teilweise in rohen Schmähworten erfolgt, sie sind also eine formale Verleumdung auf Grund des § 186. Der Angeklagte ist also sowohl aus § 186 wie aus § 185 in idealer Konkurrenz zu verurteilen. Die Frage des Schadens aus § 193 muß verneint werden, denn der Angeklagte war der Angegriffene. Die Strafe, die den Angeklagten trifft, wird

eine Geldstrafe

sein. Der Angeklagte glaubte, überall Erzberger zu wittern. Er hat sich trotz seines scharfen Blickes darin auch manchmal getäuscht.

Der Strafantrag.

In Berücksichtigung aller dieser Umstände, sowie der günstigen Vermögenslage des Angeklagten beantrage ich gegen ihn 300 Mark Geldstrafe sowie Publikationsbefehl und Unbrauchbarmachung der Platten der Broschüre. Vorst.: Das Wort haben die Vertreter des Nebenklägers, Geheimrat v. Gordon: Wir verzichten darauf zugunsten des Verteidigers des Angeklagten und werden am Freitag das Wort ergreifen.

Rechtsanwalt Wisberg: Wir werden diesen Verzicht, obgleich er zu unseren Ungunsten ist, akzeptieren müssen, weil wir kein Mittel haben, ihn zu bekämpfen. Hierauf tritt die Mittagspause ein. Nach der Mittagspause erhält Rechtsanwalt Wisberg das Wort zu seinem Plädoyer.

Plädoyer Dr. Wisbergs.

Oberster und heiligster Grundsatz des Beamtenrechtes ist die Uneigennützigkeit des Beamten in Bezug auf alles, was mit der Amtsführung in Zusammenhang steht. Mit besonderer Schärfe ist es zu beurteilen, wenn ein Abgeordneter nicht nur seine Nachstellung ausnützt, sondern sie direkt mißbraucht. Rechtsanwalt Wisberg geht dann auf

die einzelnen Fälle

der Vermischung politischer Tätigkeit und eigener Geldinteressen ein und erörtert zunächst die Tätigkeit Erzbergers für den Thüßens-Kongress. Wenn Herr Erzberger selbst an die Politik glaubte, ble er uns hier in den ersten Verhandlungstagen vorgetragen hat, so müßte er selbst sagen, daß seine Tätigkeit für Thüßens ihn den Blick für das politische Richtige getrübt hat. (Schluß in der Morgenausgabe.)

## Wirtschaft.

Der Wucher mit Rindhölzern.

In der „Deutschen Landwirtschaft-Zeitung“ bewahren sich die Fabrikanten gegen den Vorwurf des Wuchers und weisen auf den sogenannten „reellen“ Handel hin. Sie schreiben:

Die einfache Heberlegung sollte genügen, um sich zu sagen, daß an der Erzeugungsstelle ganz genau festgestellt werden kann, was die Rohstoffe beifert. Und nichts anderes wird sich aus ihren Geschäftsbüchern ergeben, als daß es ihre alte Kundenschaft ist, die sie verlor. Die Stelle, wo das Sachverbum und der Wucher eintreten, ist bedauerlicherweise der — „reelle“ Handel. Bediente dieser „reellen“ Handel seine Kundenschaft so, wie der Rohstoffant, so könnte es seinen solchen Streichenhandel mit Rindhölzern geben. Aber weil so vielen in diesen Zeitläufen die kaufmännische Beurteilung abhanden gekommen ist, so halten sie die Worte der Kundenschaft, der sie nur den Höchstpreis abfordern könnten, vor und warten auf den Käufer, der ihnen das Doppelte und Dreifache dafür zahlt, um sie für das Häus- und Geschäft des Rohstoffhandels zu führen.

Der Rohstoffant ist leider nicht in der Lage, die dunklen Ehrentäner seiner Kundenschaft festzustellen, die diesen Rindhölzern treiben. Wäre er das, so wären diese Leute zum längsten seine Kunden gewesen. Wo die Rohstoffanten die Ware lassen, dem gebe die Regierung einmal ernstlich nach und des Hatzes Lösung wird nicht mehr ein Geheimnis sein.

Da sich niemand lohnt, Rindhölzern zu Wucherpreisen öffentlich anzubieten, so müßte es ein Leichtes sein, von diesem Ende an den Handel aufzuwickeln. Man lasse nur zu und frage nach dem Lieferanten. Zwischen den geheimen Anbietern von Rindhölzern und Rohstoffanten wird sich schon ein Ehrenmann finden, der vor das Wucheramt geht.

## Groß-Berlin

Um das Tempelhofer Feld.

Vor kurzem wurde hier allerdings dem Gedanken Raum gegeben, die östliche Hälfte des Tempelhofer Feldes mit möglicher Verschleppung für Verschiebungszwecke freizugeben. Nun glauben aber die Berliner Ballspielvereine sich ein gewisses Vorkaufsrecht für dieses Feldstück durch langjährige Gewohnheit erworben zu haben und agitieren dafür, daß ihnen das Feld überlassen werde. Unter anderem überredet und der Geschäftsführer des Verbandes Berliner Ballspielvereine eine längere Ausführung, aus der wir folgendes wiedergeben:

Als man erstmals den Gedanken der Bebauung des östlichen Tempelhofer Feldes im „Vorwärts“ erwar, ging man wohl von der Annahme aus, daß die Graenorden-rechten bleibt und für Bebauung mit Lauben die weite östliche halbkreisförmige Fläche, die bisher Kavalierübungspol war, genommen werden sollte. Erst jetzt sieht man, daß es sich bei dem Bebauungsplan um den besten Naturboden handelt, der heute Tausenden von Großstädtern als Erholung dient und weiteren Tausenden Lebensübung treibenden Jünglingen Stärkung durch Zummeln auf grünem Rasen bringt. Ist es nicht einmal gefallen, ist keine Macht imstande, ihn wiederherzustellen. Der Spielverband Groß-Berlin und der Reichsausschuß als Vertreter der Verbandsorganisationen fordern mit aller Macht Spielplätze. Nur geringe Ausmaße pro Kopf der Bevölkerung wer-

den verlangt und dennoch sind 500 Hektar allein für Berlin erforderlich. Das Tempelhofer Feld, die einzige noch vorhandene freie Fläche Berlins in größerem Maße, ist bereits, einen großen Teil hiervon zu stellen und alles das nachzuholen, was verärgert wurde. Die Ballspieltage müssen, der Jugend muß geholfen werden, soll sie nicht gänzlich verarmen. Und nun die letzte, aber trostlose Erscheinung: Das Tempelhofer Feld stand bisher unter Militärverwaltung, jetzt gehört es der Schachverwaltung. Und diese hat den Vereinen jetzt Nachricht gegeben, daß das Tempelhofer Feld für Reichsübungen gleichfalls nur noch gegen Pacht zu haben sein soll. Pro Quadratmeter soll 2 M. der übliche Pachtpreis sein.

Von anderer Seite wird dazu gemeldet:

Das Reichsfinanzministerium gedenkt, von den Fußballvereinen, die das Tempelhofer Feld zu Übungen benutzen, und ihrem Training bisher ohne irgendwelche Unkosten obliegen konnten, in Zukunft eine Pachtgebühr zu erheben. Hiergegen haben sich die betroffenen Sportvereine in der Öffentlichkeit gemehrt, mit der Begründung, daß die Ausübung des Sports zur Hebung der Volksgesundheit dienen und deshalb nicht besteuert werden kann.

Gegen eine solche geschäftsmäßige Ausnutzung wäre natürlich sehr viel einzuvenden. Wenn das Reichsfinanzministerium glaubt, nicht ohne die Pachtgebühr auskommen zu können, sollte es einen entsprechend günstig geeigneten Teil für Gärten- und Laubengrüne bepflanzen und einen Ansehungsplan aufstellen, der im grünen Rahmen auch den Volksspielvereinen Platz zu Übungszwecken läßt. So wäre beiden Teilen gedient: den Gärten- und den Sportfreunden.

Im Reichsalkoholvergiftung nach der 40 Jahre alte Zimmermann Otto Volkmann aus der Köppler Str. 3. Der Mann klagte zu Heustossen über beständiges Reisen in allen Gliedern. Als man sich gestern nachmittag noch ihm umfah, fand man ihn tot in seinem Bette liegen. Nach den Feststellungen scheint er an den Folgen einer Methylenalkoholvergiftung gestorben zu sein. Die Leiche wurde befehlsmäßig und zur Untersuchung dem Reichsgerichtshaus überwiefen.

Vollkollimation für Chyrenken. Die Festkollimation „Kochen“ des Bundes beamten der Chyrenken in Groß-Berlin veranlaßt am Freitag, den 3. März d. R., 7 Uhr, in der Aula der 183. und 198. Gemeindegemeinde, Berlin N. 68, Pflanzstr. 188, die Kollimation, eine Zusammenkunft. Alle ehrenamtlichen Landesleute sind dazu eingeladen.

Engländervereinigung gefesselter Krieger. Regiment Elisabeth/305 und anderer Regimente hält am Sonntag, den 7. März, eine Hauptversammlung im Vereinslokal (Eplelan) nachm. 5 Uhr, zum Beitritt in den Volksbund Deutscher Kriegsgenossen.

Rechtsanw. Eine Aufführung des Baderischen Tramp „Das Geis“ findet am 9. März in der „Neuen Welt“ statt. Die Beteiligung ist erfindlich. Beteiligt sind bei den Funktionen in den Parteibestimmten und in nachstehenden Rollen zu haben: Knyf, Hermann, Ede Feinstraße; Schmitz, Wilhelm, Ede Denaustraße; Berthold, Kronstr. 1; Widning, Sannier, Ede Beltrstraße.

Wittman. Frauenabend, heute, 7 1/2 Uhr, bei Wöhm, Drahtendurger Str. 60. Gen. Schiller: „Sozialistische Produktion“.

## Groß-Berliner Parteinaudrichten.

6. Abt. Heute abend 6 1/2 Uhr ab verkommen sich alle Mitglieder bei Schuler, Wilhelm-Alte-Straße 17 und bei Schull, Pflanzendörfer Str. 8.

9. Abt. Elternverein in münch für die 50, 63, 106 und 152. Gemeindegemeinde heute abend 7 1/2 Uhr, Reichender Hof, Reichender Straße 147.

30. Abt. Heute Donnerstag, 7 1/2 Uhr, in der Aula Pappelallee 41 Elternversammlung für die Schulen in der Pappelallee, Scherenderg-Händler, Wetzendener, Stargarder und Gettelmanstraße und für die Heilwunde Garmen-Elben-Straße. Referent: Genosse Hans Beder. Die Bedeutung der Elternbeiratswahlen.

Rechtsanw. Freitag abend 7 1/2 Uhr: Funktionen der 4. Abteilung im Lokal Saale, Ede Anstaltsstraße.

## Jugendveranstaltungen.

Heute abend:

Genetalljugendheim, Lindenstr. 3, 7 1/2 Uhr. — Gesundbrunnen: Jugendheim, Cole, Kottowir, 15, 7 1/2 Uhr. — Marienfelde: Jugendheim, Aul der Gemeindegemeinde, Dohstr. 54, 7 1/2 Uhr. — Neuenhagen: Jugendheim, Schule Niederhaidenstraße, 7 1/2 Uhr. — Neulohndorf: Jugendheim, Windener Str. 32, 7 1/2 Uhr. — Niederschönau: Jugendheim, Schule Berliner Str. 31, 7 1/2 Uhr. — Schöndauer Vorstadt I: Jugendheim, Schule Sonnenburger Str. 60, 7 1/2 Uhr. — Schöndauer Vorstadt II: Jugendheim, Schule Pappelallee 41/42, 7 1/2 Uhr. — Stralitz-Friedenau: Jugendheim, Lokal Zement, Doppelstr. 7, 7 1/2 Uhr. — Tegel: Jugendheim, Dohstr. 15, 7 1/2 Uhr.

## Die Betriebsratswahlen.

Der Betriebszweck.

Das Betriebsratsgesetz weist dem Betriebsrat u. a. auch die Aufgabe zu, den Unternehmer in der Erfüllung des Betriebszweckes zu unterstützen. (§ 1.) Außerdem soll er den Unternehmer durch Rat unterstützen, um für einen möglichst hohen Stand und für möglichst Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen. (§ 66.) Die Unabhängigen und Kommunisten folgern daraus, daß der Betriebsrat mit dazu beitragen sollte, einen möglichst hohen Profit zu erzielen, denn der Betriebszweck sei eben die Erzielung von Profit.

So sagen Müller und Schulze in der Parteistellenversammlung, und so sagen Geier und Knoen in der Nationalversammlung.

Auch die unabhängige Presse versucht ständig, mit diesem Argument die Unternehmerrundlichkeit des Gesetzes nachzuweisen. Produktionssteigerung bedeutet Gewinnsteigerung und damit Stärkung des Kapitals. Da die Betriebsräte in absehbarer Zeit ihr Amt antreten werden, ist es angebracht, diesen Punkt zu klären, denn die in den Betriebsräten tätigen Arbeiter und Angestellten müssen über die Konsequenzen ihrer Tätigkeit völlig im klaren sein.

Es ist an sich richtig, daß der Unternehmer seinen Betrieb gründet zu dem Zweck, Geld zu verdienen, und zwar möglichst viel Geld. Nichts liegt ihm ferner, als Arbeiter oder Konsumenten glücklich zu machen und der Allgemeinheit zu dienen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß jeder Betrieb einen Teil der Volkswirtschaft darstellt und volkswirtschaftliche Funktionen zu erfüllen hat. Die große Masse der Bevölkerung ist von der Volkswirtschaft unbedingt abhängig, ganz gleich, ob sie kapitalistisch oder sozialistisch betrieben wird. Das Wohlergehen des Volkes richtet sich nach dem Stande der Warenproduktion, wie ja auch ein hoher Stand der Produktion die Vorbedingung für den Sozialismus ist.

Augenblicklich ist die Warenproduktion aus bekannten Gründen fast zum Stillstand gekommen und das ganze Volk leidet darunter. Eine Frage ist, ob auch die Unternehmer darunter leiden und in welchem Maße. Der „Vorwärts“ berichtet vor einigen Tagen, daß die Bergwerks-Gesellschaft Consolidation im Jahre 1914 bei einer Kohlenförderung von 1 639 708 Tonnen einen Bruttogewinn von 6 641 700 M. erzielte, während im Jahre 1915 die Kohlenförderung auf 1 328 194 Tonnen zurückging, der Bruttogewinn aber auf 11 700 502 M. stieg. Auf die Tonne gerechnet stieg der Gewinn von 4 M. auf 8,90 M. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß die Erhöhung der Kohlenpreise von der Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums abhängig ist. Bei den meisten anderen Industriezweigen, bei denen diese Preise nicht besteht, ist das Verhältnis noch viel trister. Besonders auffallend treten diese Umstände z. B. im Brauzweig in die Erscheinung. Starker Mangel an Rohstoffen, schlechte Qualität der



